

Die enge Verknüpfung der dortigen Verhältnisse mit Preußen in den Vordergrund gestellt hat, ohne des sächsischen Planes zu erwähnen. Eine Entgegnung war natürlich nicht möglich. Auch dies weist daraufhin, daß es nunmehr an der Zeit ist, daß Sachsen mit seinen Gränden an die deutsche Öffentlichkeit geht.

Die polnische Königsfrage

In den politischen Kreisen Polens hat sich, wie das "V. T." erzählt, in der letzten Zeit der Wunsch sehr verhärtet, durch eine möglichst baldige Lösung der Königsfrage zu einer Konsolidierung der Verhältnisse zu gelangen. Besonders die Vorgänge in Rußland haben diesen Wunsch veranlaßt, denn es erscheint manchen führenden Persönlichkeiten Polens ratsam, durch Herbeiführung einer Entscheidung den aus Rußland kommenden Einflüssen entgegenzuwirken. Von den einzelnen polnischen Parteien werden verschiedene Kandidaten genannt, denen man den polnischen Thron anbieten möchte. Ganz oben stehen dabei in erster Linie: Es sind das Prinz August Wilhelm von Preußen, bei dem die Frage der Religion zu erwägen bliebe. Erzherzog Karl Stephan, Herzog Albrecht Eugen, der zweite Sohn des Prinzen Albrecht von Württemberg, Prinz Friedrich Christian, der zweite Sohn des Königs von Sachsen, und Prinz April, der zweite Sohn des Königs von Bulgarien. Diese alle sind bisher nur inoffiziell in polnischen Parteikreisen und ohne Mitwirkung der Regierung aufgeführt, die sich der Personenfrage gegenüber gewissermaßen neutral verhält.

Die Salzburger Tagung

Am gestrigen Dienstag haben in Salzburg die Verhandlungen der Regierungsdirektoren Deutschlands und Oesterreich-Ungarns über den wirtschaftlichen Ausbau des Zweibundes begonnen. Die Tagung wird sich über mehrere Wochen erstrecken. Ihr Ziel ist ein neuer Vertrag, den man bisher mit Zurückhaltung die "Vertiefung des deutsch-österreichisch-ungarischen Bündnisses" genannt hat. Die Schwierigkeiten des Unternehmens sind nicht zu unterschätzen, da die Gegenpartei noch das Bild schwankender Machtverhältnisse, fließender Ländergrenzen sowie unbestimmter wirtschaftlicher Entwicklungen aufweist. Die Produktionsfähigkeit, wie sie sich aus den Statistiken vor 1914 ergibt, gestattet keine Schlüsse für die Zukunft, denn man weiß nicht, wie umfangreich die Veränderung der Verhältnisse sein wird, unter denen man später arbeiten wird. Unwiderlegbar erscheinen endlich die Schwankungsmöglichkeiten in der Stellung der Völker zueinander.

Die zahlreichen Reden, die kürzlich im ungarischen Parlament gehalten worden sind und die sich mit dem Bündnisvertrag eingehend beschäftigt haben, betonen ausnahmslos, daß Ungarns Selbständigkeit gewahrt werden müsse. Das wiederholte ausdrückliche Hervorheben dieses Punktes legt die Vermutung nahe, man habe in Budapest Sorgen über seine Selbständigkeit und halbe sie für gefährdet. Der Ministerpräsident Dr. Wekerle und Graf Tisza haben einigermassen deutlich geschrieben, was unter der so häufig gebrauchten Selbständigkeit zu verstehen ist: das Recht Ungarns, gegen die Zuziehung weiterer Teilnehmer des Bündnisses in Sprache zu erheben. Gemeint sind damit jene Gebiete, die gleich Ungarn als Agrarland anzusprechen sind und deren Anschluß bei Abbau oder Aufhebung der Zollbarrieren auf die Getreide- und Viehmärkte von erheblichem Einfluß wäre. Daß einem Wirtschaftsbündnis, der zum Teil aus Industrieüberschuldungen besteht, Gebiete angegliedert werden müssen, die ihrerseits Agrarereignisse liefern andererseits für den Abfall der Industrieprodukte in Betracht kommen, leuchtet ein. Ungarn hat nur die einen Interessen im Auge oder vielmehr die Interessen jener Schicht von Großgrundbesitzern, die in der Politik des Landes stets die Fühler geführt haben und die überhaupt seit Menschengedenken Ungarn regieren. Sie besitzen dort mit ungleich umfassenderer Macht, als die Konstitutionen in Preußen, und besitzen eine alle Schule autorisierter Staatsmänner von Weltformat. Diese Leute wissen genau, was sie wollen, und verstehen auch, sich durchzusetzen. Ausbau des Bündnisses? O ja! Aber Ungarns Agrarcharakter darf nicht berührt werden! Man wird eine harte Nuß zu knacken haben.

Über allen Sorgen gegenüber muß die Erwartung ausgesprochen werden, daß die beamteten Vertreter der Zweibundländer sich in Salzburg nicht als Bürokraten und nicht als Handelsparteien fühlen, sondern als verantwortliche Neuschöpfer einer gemeinsamen Zukunft.

Salzburg, 9. Juli. (Drahtbericht.) Die wirtschaftlichen Besprechungen der Regierungsdirektoren Oesterreich-Ungarns und Deutschlands wurden vormittags von Sektionschef Graf und Wirkl. Geh. Rat Kriener mit Begrüßungsreden eingeleitet, die in den Wunsch ausklangen, die Verhandlungen möchten einen für die wirtschaftlichen Interessen Oesterreich-Ungarns und Deutschlands gedeihlichen und befriedigenden Verlauf nehmen. In der heutigen Vorbereitung, die sich mit der Auf-

stellung allgemeiner Richtlinien für die Verhandlungen beschäftigte, nahmen je drei Delegierte der deutschen, der österreichischen und der ungarischen Regierung teil.

Salzburg und die Provinz in Oesterreich. Woher unsere Lebensmittelknappheit kommt, das wissen wir: wir haben im Frieden Vorratshäufung für Mensch und Vieh eingeführt jährlich um 3 Milliarden Mark. Bei Oesterreich-Ungarn liegt die Sache anders. Die Gesamtmonarchie hat 1913 an Getreide, Mehl und Hülsenfrüchten abzüglich der Ausfuhr eine Mehreinfuhr von 4.41 Millionen Doppelzentnern, also eine verschwindend kleine Summe. Durch eine, wenn auch noch so unvollkommene Rationierung mußte sie mehr als aufgezogen sein, und andere Bundesgenossen mußten fast so viel zu essen haben wie im Frieden. In Ungarn ist dies auch der Fall, aber in Oesterreich nicht. Warum? Weil Oesterreich 1913 aus Ungarn 21,2 Millionen Doppelzentner Lebensmittel bezog und nur 0,49 Millionen abgegeben hat. Im Kriege aber hat Ungarn zwar, dem Vernehmen nach, die Versorgung des gemeinsamen Heeres übernommen, die Lebensmittelversorgung nach Oesterreich aber eingeholt — angelehnt ebenso, wie Bayern die nach Preußen. Natürlich spielen bei der jetzigen Not in Ostgalizien noch andere Ursachen mit: das Ausbleiben der Zufuhr aus den tschechischen Bezirken, die Ohnmacht der Regierung in dieser und manch anderer Hinsicht, die Verspätung und Unvollständigkeit der Rationierung (heute noch keine Fleischkarten), das Verkehrsleiden, demgegenüber wir gänzlich davon sind. Aber die Hauptursache bleibt das Verlangen des natürlichen Lieferanten, Ungarns. Es ist bei den bevorstehenden Bündnisverhandlungen von entscheidender Bedeutung, daß man davon ausgeht: Wir haben es mit zwei Staaten unter hohem bürgerlichem Geiste zu tun, von denen der östliche der kräftigere ist. Die Wiener Provinz ist ein Schuttspiel dafür.

Verkehrsfragen im Vierbund

Ins wird geschrieben: In Budapest fanden in diesen Tagen durch Direktor Schumacher vom Bund deutscher Verkehrsvereine, als Generalsekretär der Deutsch-Oesterreichisch-Ungarischen Verkehrsvereinigung, Verhandlungen statt zur Vorbereitung von Maßnahmen zur wechselseitigen Förderung der Verkehrsbeziehungen zwischen Deutschland und den verbündeten Ländern. Nach Aussprache im ungarischen Handelsministerium, wobei Schumacher vom ungarischen Handelsminister empfangen wurde, fanden Besprechungen mit der ungarischen Staatsbahn, der tschechischen Verwaltungen und mit Vertretern der bedeutendsten Reiseunternehmungen statt. Es wurde an allen Stellen Uebereinstimmung in den Richtlinien für die zukünftige Verkehrsverbesserung erzielt und eine Grundlage für die gegenseitige Förderung dieser Bestrebungen unter Wahrung voller Selbständigkeit in der Tätigkeit der einzelnen Landesorganisationen erreicht. Für Anfang Oktober dieses Jahres ist eine Tagung des großen Ausschusses der Deutsch-Oesterreichisch-Ungarischen Verkehrsvereine in Budapest in Aussicht genommen.

Flandern und Wallonien

Zus Brüssel wird uns geschrieben: Der Kaiserliche Generalgouverneur in Belgien, Generaloberst Freiherr von Falkenhäuser, hat, wie das "Zentral-Fländische Pressebureau" mitteilt, auf die ihm übermittelte Kundgebung des Rates von Flandern in einem Handschreiben geantwortet und darin seine Stellungnahme zur Lösung der "belgischen Frage" in der gleichen Weise gekennzeichnet, wie dieses Problem in jener bekannten, durch das Wolff-Bureau verbreiteten, offiziellen Aeußerung der "Königlichen Zeitung" zu lösen vorgeschlagen wurde, nämlich durch politische Selbständigkeit Flanderns und Walloniens innerhalb eines föderativen Staates ähnlich wie in Oesterreich-Ungarn. Der Rat von Flandern wird zweifellos, obwohl seine Kundgebung nicht von dem Gedanken an eine Verbindung mit Wallonien im Rahmen eines föderativen Gesamtstaates enthielt, sondern sich ausschließlich mit dem Plan der engen wirtschaftlichen Anlehnung eines politischen, militärisch und wirtschaftlich freien und selbständigen Flanderns an Deutschland allein befaßte, in seiner überwiegenden Mehrheit für die vom Generalgouverneur empfohlene Lösung zu gewinnen sein.

Die dem Rate von Flandern entsprechende Körperschaft in Wallonien, das "Comité de défense de la Wallonie", hat sich jetzt gleichfalls für die föderative Gestaltung der Zukunft der belgischen Lande ausgesprochen. Diese Form der Lösung der belgischen Frage, die durchaus auf dem Grundsatze des Selbstbestimmungsrechtes beruht, ist als der zur Zeit gangbarste Weg von allen Beteiligten erkannt worden.

Die Reichstagswahl in Berlin I. Die Reichstagswahl im ersten Berliner Reichstagswahlbezirk an Stelle des verstorbenen Reichstagspräsidenten Dr. Kaempf wird, wie die "Abt. Korr." hört, am 15. Oktober stattfinden.

Pour le Mérite. Der "Staatsanzeiger" veröffentlicht die Verleihung des Ordens Pour le Mérite an Generalleutnant J. D. Loeb, Major Steppuhn und Hauptmann Frz. v. Preußen und an J. Eberlein, sowie die Verleihung des Ehrenkreuzes vom Orden Pour le Mérite an Oberleutnant Freiherrn v. Forstner.

Kriegsentschädigung durch Rußland

Sieben Milliarden Rubel. Berlin, 10. Juli. (Drahtbericht.) "Koscha Slowa" meldet, daß am 2. Juli beim Kommissariat für Handel und Industrie in Moskau eine Sitzung der Hauptliquidierungskommission des Breiter Vertrages stattgefunden habe, bei dem die Frage des Erlasses der Kriegsschäden beurteilt wurde, die Deutschland in diesem Kriege erlitten hat. Die allgemeine Summe der öffentlich-rechtlichen und privatrechtlichen Ansprüche, die Deutschland von Rußland erhalten soll, beträgt nach den Feststellungen der Moskauer Kommission sieben Milliarden Rubel, wobei Deutschland darauf bestand, daß diese in allerhöchster Zukunft liquidiert werden müssen.

Miljukow will sich nach der deutschen Seite orientieren

Spaltung der Kadettenpartei. Wien, 10. Juli. (Drahtbericht.) Aus Petersburg treffen fortgesetzt Angehörige der Kadettenpartei in Wien ein, die sich um Miljukow scharen. Miljukow erklärte in einer Unterredung mit dem Minister für die großrussischen Angelegenheiten, die Behauptung, daß er Deutschland ein föderatives Protektorat über Großrußland angeboten habe, sei irrtümlich. Wichtig sei allerdings, daß er selbst zu jener Minderheitskadettenpartei gehöre, die sich nach der deutschen Seite orientieren wolle.

Moskau, 8. Juli. (Drahtbericht.) Die allrussische Versammlung der Sowjets ist am 3. Juli eröffnet worden. Anwesend waren über 800 Abgeordnete, davon 450 Bolschewiki und 300 linke Sozialrevolutionäre. Trotz der die Sitzung mit einer Rede über die Notwendigkeit einer großen starken Roten Armee eröffnet und betont, daß man im Zeichen der allgemeinen Wehrpflicht stehe.

Moskau, 9. Juli. (Drahtbericht.) In Petersburg ist die Kriegsjenzur eingeführt worden. Prag, 9. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Der "Dobnik" meldet aus Wien: Von informierter Seite wird mitgeteilt, daß an der Spitze der gegen die Tschcho-Slowaken bestehenden Bewegung der Oesterreichisch-ungarischen Kriegsgesangenen ein Oesterreicher namens Mana steht, der früher in Prag Schneider war. Mana spielt in der sozialdemokratischen Bewegung eine wichtige Rolle. Im Kampf gegen die Tschcho-Slowaken verfügt er über 4 Regimenter. Dank dem Einschreiten dieser Truppen konnten sich die Tschcho-Slowaken bisher nicht entwickeln und wurden vielfach zurückgeschlagen.

Moskau, 9. Juli. (Drahtbericht.) Die Presse meldet: Bei Sofran wurden die Tschcho-Slowaken 50 Kilometer zurückgeworfen, ebenso auf der Front Penza-Sofran auf 20 Kilometer.

Wien, 10. Juli. (Drahtbericht.) In eingewickelten diplomatischen Kreisen verläßt man die Ansicht, daß die Moskauer Ereignisse den zweiten Teil eines von den Viererbündnisländern ausgehenden politischen Feldzuges darstellen. Wohl ist es, daß die amerikanische Hilfe zu spät eintrifft, wenn den Deutschen Zeit gelassen würde, ihre Angriffslinie im Westen zur Reife zu bringen, suchen die Verbündeten ihr Möglichstes zu tun, den Mittelmächten nach allen Veränderungen Schwierigkeiten zu bereiten, die sie veranlassen sollen, von der weiteren Verfolgung der militärischen Aktionen im Westen abzusehen.

Jülich, 10. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Die "Neue Jülicher Zeitung" meldet: Der Erzbischof von Köln berichtet, daß das frühere Mitglied des Reichstages Rosenfeld, Teresitschewski, in Bergen in Norwegen eingetroffen ist. Man vermutet, daß er Kerenski aufsuchen will, um sich mit ihm zu verständigen.

Die Kämpfe um Wladiwostok

Saag, 9. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Die "Times" melden aus Tokio: Der Korrespondent der Zeitung "Wostok" in Wladiwostok hat über die Ereignisse in Wladiwostok einen Bericht gesandt, der von anderen Berichten wesentlich abweicht. Er meldet, daß die Artillerie kräftig eingriff und Maschinengewehre aufgestellt waren und wüthende Straßengefechte stattfanden. Das Dampfschiff "Humboldt" von der russischen Flottenflotte hat schwere Treffer erlitten und flüchtete aus dem Hafen.

Sawinkow

Der Sozialrevolutionär Boris Sawinkow hat sich seit Jahren als gewerblich und gewinnbringender Unternehmer betätigt. Er war fast bei allen bestellten Anstellungen der Jarenzeit. Er half dem Minister Drowitz, den Moskauer Generalgouverneur Großfürsten Sergei Alexandrowitsch "hinrichten". Er war zugezogener Sachverständiger bei verschiedenen Morbplänen gegen General Mil. gegen Admiral Dubowoi sowie gegen den Erzaren Nikolai II. Kerenski besitz ihn sogar als Kriegsminister, um Kornilow zu besitzigen. Und Sawinkow hat nur deshalb in Ungnade, weil ihm dies nicht gelang, so weil er vermutlich mit Kornilow heimlich paktierte. Sawinkow ist also langst, von welcher Seite man ihn auch betrachtet, von jeder eine demokretische Persönlichkeit. Diesen Morbplänen kann man nicht zum politischen Hebel umlagern, und daher die Vorfall in der politischen Ausschaltung des Moskauer Attentats in der Entente-Prese.

Die „spießbürgerlichen“ Hellenen

Friedrich Raumann hatte vor kurzem in der "Hilfe" folgende Satze geschrieben: "Wanderer, kommt du nach Sparta, verkündige dorten, da habest uns hier liegen gesehen, wie das Oeseh es befehlt. Auch abgesehen von diesem spießbürgerlichen Nachsatz: wie das Oeseh es befehlt! — wieviel mal solcher Dreihundert gibt es bei uns, die nicht deshalb sterben, weil es gesetzlich befohlen ist, sondern weil sie selbst ihr Vaterland lieber schätzen als das eigene Leben?" — Dazu schreibt nun Professor Dr. Jaffro in der "Hilfe":

Es ist wahr, die Griechen verstanden sich auf die Weltklugheit. Vor Leonidas und nach ihm hat man sich für sein Vaterland todschlagen lassen, ohne den gleichen Nachruhm zu finden. Es kann nicht schaden, wenn man uns ab und zu daran erinnert, daß die Alten nicht auf dem hohen Piedestal standen, auf dem sie uns erscheinen. Aber "spießbürgerlich"? Eine Inschrift, die ganz Hellas mit Andacht las, spießbürgerlich? Und das gefogt in einer Zeit, die ohnedies schon die humanistische Bildung verächtlich behandelt? Soll der tote Löwe noch am Fell gepußt werden?

Den Spartanern in der Heimat soll der Wanderer die Kunde bringen, die zu bringen kein Wort übriggeblieben war: "Daß wir hier liegen, ihren Oesehen gedanklos." Das ist an sich schon etwas anderes, als das allerdings etwas Ahtennmäßige (der Schillerischen Uebersetzung) "wie das Oeseh es befehlt". Aber was sind diese Rhemata, die als die Oesehe genannt werden? Das feststehende griechische Wort für Oeseh ist nomos. Mit rhemata = Worte, Sprüche, Aussprüche sind die Lehren gemeint, in denen der Spartaner die Weltweisheit seines Vaterlandes vererbte und befolgte. Die Toten sagen den Lebenden: Eure Oesehen gehoramt liegen wir hier in der Ferne. Noch im Tode eint uns mit euch die Treue gegen das gemeinsame Band. Schöner könnte da, was Raumann als Oesinnung unserer Feldgrauen räthet (und mit ihm wir alle) nicht ausgedrückt werden. Jene Rhemata sind für den Spartaner nicht das Oeseh, das ihm etwas befehlt. Sie sind seine Lebensordnung, seine Lebensluft, außerhalb deren es kein Sparterleben gibt. Und — ich appelliere an den alten Theologen Raumann — wenn die Makaberschen sich todschlagen lassen, weil sie dem Oesehe Gehorsam leisten wollen — wie es auch das als "spießbürgerlich" bezeichnet werden? Das Oeseh Epikuros ist nicht weniger heilig als das Oeseh Moses. Und darum überlebte Cicero mit Recht: Dum sanctis patriae legibus obsequimur.

Die Inschrift, so wie wir sie besitzen, kann nicht von den Spartanern selbst herrühren. Sie zeigt nicht horkische, sondern attische Mundart. Sie bringt nun Ausdruck, wie Athener sich spartanische Oesinnung dachten, was sie sich als Höchstes in der Oedankenswelt spartanischen Heldentums vorstellten. Heiligheit der Oedankenswelt spartanischen Heldentums vorstellten. Heiligheit der Oedankenswelt spartanischen Heldentums vorstellten. Heiligheit der Oedankenswelt spartanischen Heldentums vorstellten.

hast alles dessen nur eine fache, nächste Motivierung ohne läßt, beweist das etwas anderes, als daß eine Uebersetzung den Schmeiz des Selbstenstums nicht wiedergeben kann — auch nicht, wenn der Uebersetzer ein Schiller ist?

Deutsche Oper in Belgien. Man schreibt uns aus Brüssel: Die unter der rühmigen Leitung des kunsterfahrenen Hauptmanns v. Ehart stehende Bildungszentrale, der die deutsche Fassung und Beamtenschaft Belgiens schon so manche künstlerische Unternehmung gipfelte — namentlich in längerer Zeit — zu danken hat, erfreut die Deutschen Brüssels und Antwerpens zurzeit mit einer längeren Reihe von Opernaufführungen, die am 30. Juni mit einer ausgezeichneten Wiedergabe von Nicolais noch immer jugendlichen "Kuffigen Weibern" ihren Anfang nahm. Während bisher die Oper durch sporadische Gastspiele auswärtiger fester Ensembles gepflegt wurde — so gastierten im Laufe der Zeit u. a. die Darmstädter, die Schwetzer, die Karlsruher und vor allem die Stuttgarter Hofoper — hat Hauptmann v. Ehart diesmal das Unternehmen in eigene Regie genommen und zu diesem Zweck eine Operntuppe zusammengeleitet, die dem gegebenen französischen äußeren Rahmen, der Aufführung in Brüssel, dem flämischen Opernhaus in Antwerpen, vollst. entspricht. Während die früheren Gastspiele fast ausschließlich die große Oper und im besonderen die Wagnerischen Musikdramen berücksichtigten, dient jetzt das eigene Unternehmen der deutschen Oper Spieloper. Neben den "Kuffigen Weibern" erscheinen Lorhings "Jah und Zimmermann" und "Wildschütz", Florents "Matthä" und andere Werke dieser Gattung auf dem Spielplan. Als einzige Operette ist der "Bettelstudent" vorgesehen. Dieser Verzicht auf die kostenfressende Operntheaterliteratur verdient als erfreulicher Grundsatze besonders unterstreichen zu werden. Daß es auch ohne die wohlfeile Schloßoperette geht, beweist der bisherige Erfolg des Unternehmens, das bis jetzt völlig außerordentliche Häuser aufzuweisen hatte; wieder ein überzeugendes Beweis für das tatsächliche vorhandene Bedürfnis des deutschen Theaterbesuchers nach wirklich guter Kunst! Die bis jetzt dargebotenen Vorstellungen waren auf das sorgfältigste vorbereitet; sie stellen der musikalischen Oberleitung des Kapellmeisters Klaus Reithräter und der Regieführung Dr. Saladin Schmitts das allerbeste Zeugnis aus. Aus dem Orchesterpersonal ragen als namentlich wie durchdringend hochschaffende Kräfte hervor die Damen Marie Mayer-Olbrich, Elvise Philipp-Lohr, Katharina Jäffner; die Herren Theodor Simons, Arnold Langefeld, Hans Theurer und Frh. Stauffert. Das hervorragendste Orchester stellt das Deutsche Sinfonie-Orchester, dessen oherführte Eigenschaft auch bei dieser Gelegenheit leuchtend hervortritt.

Schweizer Rat Professor Dr. jur. Otto Mayer, Ordinarius für öffentliches Recht an der Universität Leipzig, tritt — wie wir hören — am 1. Oktober 1918 und Generaldirektor in den Ruhe-

stand. Dr. Mayer verließ die Universität Leipzig als bedeutende Lehrkraft. Der Gelehrte wurde am 29. März 1846 in Pösch bei Nürnberg geboren und studierte in Erlangen, wo er 1869 die juristische Doktorwürde erwarb, in Heidelberg und Berlin. In Innsbruck legte er 1871 das zweite juristische Staatsexamen ab und war dann zunächst in Wien beim Anwalt Justizrat Mayer und dem Handelsgericht tätig. Am 1. März 1872 ließ er sich als erster deutscher Advokat in Mailhausen i. O. nieder, wo er in der Praxis auch das französische Recht kennen lernte. 1881 habilitierte er sich für französisches Recht und internationales Privatrecht an der Universität Straßburg i. O., wurde dort 1882 zum außerordentlichen Professor für Verwaltungsrecht und französisches Recht und 1887 zum Ordinarius für öffentliches Recht ernannt. 1902 war er Rektor der Universität Straßburg. 1903 folgte er dem Rufe an die Universität Leipzig als Nachfolger des Geheimrats Dr. Schmidt. Auch hier bekleidete er im Jahre 1913/14 die Würde des Rektors der Universität. Die theologische Fakultät zu Leipzig ernannte ihn zum Ehrendoktor. In Leipzig war er auch von 1906 an einige Jahre Stadtverordneter. Seit 1911 ist er Mitglied des evangelisch-lutherischen Landeskonferenziums. Wertvolle Arbeiten auf dem Gebiete des öffentlichen Rechts entstammen seiner Feder. Der Gelehrte schrieb u. a.: "Theorie des französischen Verwaltungsrechts" (1886), "Deutsches Verwaltungsrecht" (1905/06), das auch in französischer Sprache "Le droit administratif allemand" (1904) erschien, "Schweizer Staatsrecht" (1909), "Die juristische Person im öffentlichen Recht" (1908). Er ist auch Mitbegründer von "Archiv für öffentliches Recht".

Generalleutnant v. Mochenow ist von der Budapestener Universität zum Ehrendoktor der Staatswissenschaft ernannt worden.

Versteigerung von Bibliotheken in Leipzig. In Leipzig wird vom 24. bis 26. Juli die Bibliothek des am 13. Mai verstorbenen Schriftstellers Franz E. Willmann bei Oswald Weigel versteigert. Die Bibliothek ist reich an Werken über Theater, Musik und Kunst. Wichtig kommt eine große Anzahl Bücher aus dem Besitze des verstorbenen Meistersprechers Prof. Dr. Emil Müller zur Versteigerung. Darunter befindet sich eine große Sammlung von Werken über Redekunst und Sprechtechnik. Der sieben fertigestellte Katalog der Versteigerung, der gegen 1000 Nummern enthält, wird eingeleitet durch einen liebevoll gezeichneten Nachruf auf Willmann aus der Feder der Universitätsprofessoren und Oberbibliothekars Dr. Eduard Jarncke, an dessen literarischem Zentralblatt "Willmann seit 12 Jahren regelmäßig mitgearbeitet hat.

Neuerwerbungen der Kunstsammlung in Pflaun. Die holländische Kunstsammlung in Pflaun erwarb aus dem Nachlaß Wilhelm Trübners ein Jugendwerk von Wilhelm Leibl, "Orinischer Schädel mit Hut". Ferner erwarb die Sammlung ein Gemälde von Max Liebermann, die Rückseite seiner "Villa darstellend", ferner Landschaften von Wilhelm Steinhilber und Louis Gyllen.